



Vierteljähriger Abonnementpreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb inkl.
Post 2 Thlr. 15 Sgr. Insertionsgebühr für den Raum einer
fünfhundertseitigen Seite in Beitragschrift 1½ Sgr.

Nr. 452. Mittag-Ausgabe.

Achtundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Freitag, den 27. September 1867.

Deutschland.

Berlin, 26. Sept. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat den Obergerichtsrath v. Reichmeister in Hannover unter Beilegung des Titels „Obergerichts-Vize-Direktor“ zum Vice-Präsidenten des Obergerichts in Hildesheim ernannt und den Rechtsanwalt und Justizrat, Stadtrath Coehus zu Schweidnitz, der von der dortigen Stadtverordneten-Versammlung getroffenen Wahl gemäß, als unbesoldeter Beigeordneter der Stadt Schweidnitz für die gesetzliche Amtsdauer von sechs Jahren bestätigt.

Se. Majestät der König und Ihre Majestät die Königin haben, den Jägern der Bronze-Waaren-Handlung zu Paris: Paulin, Vigot et Compagnie, den bewilligten Fabrikant Paulin, deren Neffen Edmond Vigot, und dem ehemaligen Friseur und Hut-Fabrikanten Victor Henry, Allerbüchstädt Hof-Lieferanten Prädicat verliehen.

Dem Civil-Ingenieur Franz Windhausen und dem Kaufmann Ed. Heinson in Braunschweig ist unterm 25. September d. J. ein Patent auf eine calorische Maschine aus fünf Jahre ertheilt worden.

Der Rechtsanwalt Schwennsen in Apenrade ist zugleich zum Notar im Departement des Appellationsgerichts zu Kiel, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Apenrade, ernannt worden. — Der Rechtsanwalt Gülich zu Pinneberg ist zugleich zum Notar im Departement des Appellationsgerichts zu Kiel, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Pinneberg, ernannt worden. — Der Rechtsanwalt und Notar Moeger zu Ibbenbüren ist in gleicher Eigenschaft an das Kreisgericht zu Dortmund, mit Anweisung seines Wohnsitzes daselbst versetzt worden. — Der bisherige Rechtskandidat Gidion zu Meldorf ist zum Rechtsanwalt bei dem Kreisgericht in Flensburg und bei den in dessen Sprengel belegenen Amtsgerichten, sowie zugleich zum Notar im Departement des Appellationsgerichts zu Kiel, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Lek, ernannt worden. — Der bisherige Gerichts-Assessor Hübener in Halberstadt ist zum Rechtsanwalt bei dem Kreisgericht in Halberstadt und zugleich zum Notar im Departement des Appellationsgerichts zu Halberstadt, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Halberstadt, ernannt worden.

Berlin, 26. Sept. [Beide königliche Majestäten] wohnten, wie aus Baden gemeldet wird, dem großen Concerte bei, das für den Dombau-Verein in Frankfurt veranstaltet wurde. Ihre Majestät die Königin reist am 26. Se. Majestät der König am 27. d. Mts. nach der Mainau. Vom 2. bis 6. October werden Ihre königlichen Majestäten im Hohenlohischen Lande verweilen und am 8. der Feier in Weimar betwohnen. (St.-Anz.)

○ Berlin, 26. Sept. [Neue Verordnungen für die neuen Landestheile. — Kein Post-Ministerium. — Der Gehalt des Kriegsministers. — Die Wahlberechtigung in den neuen Landestheilen. — Eisenbahnen.] In den nächsten Tagen stehen weitere Verordnungen zu erwarten, welche vor dem 1. October für die Organisationsverhältnisse der neuen Landestheile nothwendig sind, schon um die dortige Gesetzgebung und Verwaltung in größere Uebereinstimmung mit den alten Provinzen zu versetzen. Dazu gehören diejenigen Organisationsbestimmungen, welche auf Nassau Bezug haben und auf Grund der Vereinbarungen mit den dortigen Vertrauensmännern festgesetzt sind, also die Kreisordnung und die communalständische Vertretung. Dann erwartet man unter den nächsten zu publicirenden Verordnungen auch eine auf die Cautionsbestellung der Zeitungen bezügliche. Es wird nämlich nach dem Antrage der Preßinteressenten der Termin für die Cautionsbestellung vom 1. October bis 1. Januar hinausgeschoben werden. Auch noch eine andere Verordnung geht der Publication entgegen, welche auf die Heranziehung der Staatsbeamten zu den Communallasten Bezug hat. Für die alten Provinzen besteht eine Erleichterung, welche in dem Gesetze vom 11. Juli 1822 und den späteren Erläuterungen begründet ist, nämlich daß die Beamten nur mit der Hälfte ihres Gehaltes zu jenen Lasten herangezogen werden; die in den neuen Provinzen geltenden Bestimmungen weichen aber und zum Theil sehr bedeutend von jenen ab. In einigen sind die Beamter gänzlich frei von allen Communallasten, in anderen werden nur die Pensionärten herangezogen, in den meisten der neuen Landestheile jedoch ist die Stellung der Staatsbeamten viel ungünstiger, als in den alten, und ist es deshalb dringendes Bedürfniß, auf diesem Gebiete der Gesetzgebung eine Gleichheit herzustellen und Alles auf ein gleiches und richtiges Maß zu bringen. Deshalb werden die Grundzüge des Gesetzes vom 11. Juli 1822 durch königl. Verordnung auch auf die neuen Provinzen ausgedehnt werden. — Die Notiz verschiedener Blätter, daß ein besonderes Ministerium für Post- und Telegraphenwesen eingesetzt werden soll, ist nicht richtig und wahrscheinlich eine Verwechslung damit, daß diese Ressort, welche vom 1. Januar k. J. ab zu der Verwaltung des Bundes gehören werden, jedenfalls schon vom 1. October ab der seines heutigen Chefs, des Handelsministers, entzogen und der des Bundeskanzlers übergeben werden wird. — Der Berliner Correspondent der „Elberfeld-Ztg.“ hat zwar darin Recht, daß der Kriegsminister in Zukunft vom Bunde seinen Gehalt bekommen wird, er irrt aber darin, wenn er meint, derselbe würde seine Repräsentationsgelder noch vom preußischen Budget festgesetzt erhalten. Denn weder dieser noch irgend ein anderer Minister, mit alleiniger Ausnahme des für die auswärtigen Angelegenheiten, welchem dafür 6000 Thlr. ausgesetzt sind, erhält außer seinem 10,000 Thlr. Gehalt überhaupt Repräsentationsgelder. — Die „Zukunft“ meint, daß die neuen Provinzen noch gar nicht zum Landstage wählen dürfen, und zwar nach dem Wahlgesetz vom 30. Mai 1849, weil sie noch nicht ein Jahr lang Angehörige des preußischen Staates seien. Dabei ist aber vergessen worden, daß nach dem Gesetze vom 17. Mai 1867, Artikel 3, auch diejenigen Angehörigen der daselbst ausdrücklich angeführten neuen Landestheile wahlberechtigt sind, welche dort schon ein Jahr lang staatsangehörig gewesen sind. — Bei den großen Terrainschwierigkeiten, welche der preußische Theil der mit der österreichischen Regierung vereinbarten Eisenbahnlinie Ruhbank-Lanoshut-Liebau-Schwarzwald darbietet, dürfte es für zweckmäßig erachtet werden, diese Strecke als Theil der Schlesischen Gebirgsbahn auf Staatskosten ausführen zu lassen. — Die Angabe, daß der Betrieb der Berlin-Görlitzer Eisenbahn mit dem 15. d. M. in die Hände der Gesellschaft gelegt werden sollte, hat sich nicht bestätigt. Der Unternehmer der Bahn, Dr. Strousberg, wird die Beförderung von Personen und Sachen auch fernerhin besorgen und ist ein Zeitpunkt, wenn die Gesellschaft den Geschäftsbetrieb übernimmt, noch nicht festgesetzt.

(O. C.) [Die Fortschrittspartei] ist noch immer nicht definitiv constituit, was seinen Grund wohl darin hat, daß sie sich durch mehrere Nachwahlen noch zu verstärken denkt. Auf die Berathung des Haushaltsgesetzes des Reichstages bereitet sie sich in ähnlicher Weise, wie die übrigen Fraktionen durch Specialreferenten vor, und zwar hat sie zu Berathung erstattet über die Eats der Bundesorgane Biegler und von Kirchmann, für Steuern und Böle Löwe und Knapp, für den Militärrat Dunder und Wiesgraben-Verwaltung Dr. Becker ernannt.

(O. C.) [Der gestern bereits mitgetheilten Beantwortung der durch das Bundespräsidium folgen wir nachträglich hinzu, daß 1) seitens der Regierung die Berufung des Reichstages zu einer anderen Zeit des Jahres als die gegenwärtige sicher intendirt wird, ein bestimmter Termin für die

nächste Berufung aber mit Rücksicht auf das im nächsten Jahre bevorstehende Zusammentreten des Zollparlaments noch nicht bezeichnet werden kann; 2) daß die in Folge des Ueberganges in neue Verhältnisse unvermeidlich gewesene Ungleichmäßigkeit in der Aufstellung der Special-Eats, wie z. B. die abgesonderte Aufsicht der drei Oberpostämter in den Hansestädten in Zukunft vermieden werden wird, und daher diese Eats, wie solche für 1868 aufgestellt worden, für die Zukunft nicht ohne Weiteres als Norm anzusehen sein werden.

Endlich ist heute in Betreff des Dispositionsfonds zur Errichtung neuer Bundesconsulate im Auftrage des Bundeskanzlers die folgende gewünschte Motivirung mitgetheilt worden:

„Bisher hat von den Bundesstaaten nur Preußen befördete Consuln gehabt. Es sind dergleichen nur in sehr beschränkter Anzahl und nur da angefordert worden, wo die preußischen Verlehrts- oder sonstigen Staatsinteressen es mit besonderer Dringlichkeit erforderten. Der jährliche Aufwand für dieselben beträgt nach dem Etat für 1867: 204,900 Thlr. Bei Aufstellung der Eats für die Bundesconsulate sind von den preußischen beförderten Consuln nur die aufgenommen, von denen völlig außer Zweck war, daß ihre Beibehaltung im Interesse des Bundes liege. Der Gesamtbetrag der dafür ausgefesteten Dotationen beläuft sich auf 77,000 Thlr. bleibt also gegen den preußischen Etat um 127,900 Thlr. zurück. Es durfte aber nicht außer Acht gelassen werden, daß von verschiedenen berechtigten Seiten besondere Bundesconsulate auch für Orte als nothwendig erachtet werden sind, an welchen Preußen zur Zeit keine befördeten Consuln hat und es drängte sich ferner die Frage auf, ob nicht an anderen Orten nach dem Vorange Preußens und Schwedens unter Beibehaltung von unbesoldeten Consuln, in der Art für eine wirkbare und sichere Handhabung der Geschäfte Sorge zu tragen sei, daß für beförderte Consuln und für Bureau-osten Entschädigungen bewilligt werden. Eine solche Einrichtung, welche eine gute Schule für die Consulats-Laufbahn darbieten würde, empfiehlt sich, von anderen Gründen abgesehen, dadurch, daß sie verhältnißweise einführlbar werden kann, um, wo sie sich bewährt, definitiv festgestellt, wo sie sich nicht bewährt, aufzugeben zu werden, und daß sie eben deshalb es gestattet, dem hervortretenden Bedürfnis an weit zahlreicheren Punkten zu genügen, als jolden durch eigentlich befördete Consulat möglich ist. An welchen Orten in der einen oder der andern Form Einrichtungen zu treffen seien, bedarf einer auf thatächliche Ermittlungen begründeten Erwägung, für welche zur Zeit das Material noch nicht ausreicht. So viel ist aber schon jetzt zu überleben, daß an einigen Orten das Bedürfnis zu dringen ist, um die Feststellung des nächsten Etats abwarten zu können. Deshalb bedurfte es eines Dispositionsfonds, durch welchen die probatorische Einrichtung neuer consularischer Vertretungen auch während des Etatsjahres 1868 möglich bleibt. Dieser Fonds ist im Verhältniß zu den vielen bereits in Anregung gekommenen Orten äußerst beschränkt und eben nur zur Abhilfe des dringendsten Bedürfnisses ausreichend.“

Der Wunsch, die Conventionen in Betreff des Nachlasses an der Normalleistung von 225 Thlr. pro Kopf der Friedensstärke (in Summa 1.082.427 Thlr.) vorgelegt zu sehen, ist durch den Abg. Wiggens (Berlin) ausgesprochen und durch den Bundeskanzler sofort erfüllt worden. Die Verträge sollen gedruckt werden, wie denn überhaupt die Verbielältung der von dem Bundeskanzleramt gegebenen Auskünfte vielfach gewünscht wird, da die im Zimmer Nr. 8 zu nehmende Einsicht in die Schriftsätze für die Dauer der Budgetberathung dem Bedürfnisse des Reichstages schwerlich genügen möchte, zumal wenn die Fragen und Antworten sich sehr vermehrt sollten.

* [Der Fraction der National-Liberale] sind neu hinzugetreten die Abg. Simson (vor seiner Wahl zum Präsidenten), Dr. Jäger, Sombart, Wachler, Dr. Blum (Sachsen), Brück, Wachenhusen, Hosius, Böhl und Moig v. Ehrenfeld.

O. C. [Die Freiconservativen und das Centrum.] Beachtenswerth ist die Annäherung der beiden nahe verwandten Fraktionen, der Freiconservativen und des Centrums. Eine förmliche Fusion ist zwar nicht zu Stande gekommen, wohl aber die Gemeinsamkeit praktischer Thätigkeit beschlossen worden. Beide Fraktionen werden sich gesondert constituirten, aber ein Reihe von Vorlagen in gemeinschaftlichen Sitzungen discutiren, für welchen Zweck beiderseits Referenten ernannt werden, welche wiederum zusammen treten, um die gemeinsamen Beschlüsse vorzubereiten. Schon heute hat eine erste gemeinschaftliche Sitzung stattgefunden, in welcher auf Grund eines Resolves der Abg. v. Bethmann-Hollweg und Debens das Budget und die vier Anträge der National-Liberale discutirt wurden. Und so werden ferner über das Coalitionsgebet die Abg. Stumm (fr. C.) und v. Bethmann-Hollweg und v. Dornberg (C.), über das Zinsgesetz die Abg. v. Narrohe-Bomst (fr. C.) und v. Saenger (C.), über Militär- und Marine-Etat Graf Frankenberger (fr. C.) referieren. Zusammen verfügen die beiden engverbündeten Fraktionen über 50 Stimmen.

[Die Fraction der deutschen Fortschrittspartei] setzte gestern Abend und heute Vormittag die Berathung des Budgets fort. Es trat bei der Berathung im Allgemeinen die Ansicht zu Tage, daß das Budget, wie es dem Reichstage vorgelegt worden, abzulehnen, dagegen wollte man die Berathungen nur als informatorische ansehen, und wurde beschlossen, unter Anwendung folgende Anfragen an die Bundesregierungen zu richten: 1. von den Abgeordneten Wiggens (Berlin) und Runge: in Erwägung, daß nach Artikel XI. der Bundesverfassung die völkerrechtliche Vertretung des Bundes der Krone Preußen zusteht, dieselbe auch berechtigt ist, Bundesgesandten zu ernennen, entzieht die Frage: 1) aus welchen Fonds die Kosten für diese völkerrechtliche Vertretung des Bundes bestritten werden sollen, da der Etat keine Ausgabe dafür enthält; 2) ob zur Zeit nicht die Absicht vorliegt, Bundesgesandten zu ernennen, event. welche Umstände die Bestallung diplomatischer Vertreter des norddeutschen Bundes verhindern;

2) Von den Abg. Dunder und Runge: Es ergeht an die Bundesregierung die Anfrage, nach welchen Grundsätzen die Pensionsfälle der Bundesbeamten berechnet werden sollen, und ob dem Reichstage nicht Gesetze vorgelegt werden, welche die Rechte und Pflichten der Bundesbeamten und ihr Pensionsverhältnis bestimmen;

3) Von denselben Abgeordneten eine Anfrage, ob bereits in Bezug auf die Drucksachen des Reichstages Verträge abgeschlossen seien;

4) ob aus den Fonds des Bundesrates, und zwar speziell aus den Fonds des Titels für die sächsischen Ausgaben, auch diejenigen Ausgaben zu decken seien, welche für Reisefosten und sonstige Entschädigungen an die Mitglieder des Bundesrates und der Bundesauschüsse zu zahlen seien;

5) ob es in Zukunft in der Absicht der Bundesregierung liege, die laufenden Verwaltungskosten für Post- und Telegraphenwesen specialisiert in den Etat aufzunehmen.

In Allgemeinen zeigte sich in der Fraction das Bestreben, die Kompetenz des Reichstages zu erweitern, weil die Regierung das Princip des Staatenbundes über dasjenige des Bundesstaates zu setzen scheine und namentlich deshalb die Ausgaben so gering als möglich veranschlage. (N. A. 3.)

[Zu den Ende October stattfindenden Urwahlen] werden bereits umfassende Einleitungen getroffen. Es ist bestimmt, daß die Wahlen der Abgeordneten in der ersten Woche des November stattfinden.

Hannover, 25. Sept. [In der Debatte über den Provinzial-Fond] sandt Ober-Appellations-Gerichtsrath v. Lenthe Gelegenheit, wieder eine Scene herzuholen. Er wollte den Anträgen nicht entgegenstehen, aber fundgegen, daß er mit der Begründung zum Theil nicht einverstanden sei, hielt es aber für Gebot der Klugheit lieber zu schweigen, als seine Meinung zu sagen, die verleidet wirken könnte. Das werde der Secke schaden, da wir uns ja jetzt einmal als Sieger dem Sieger nur mit Bitten nahen könnten. Lebhafte sei es ganz in der Ordnung, daß Beningens und Miquel diese Anträge begründen müßten, denn diese Männer trügen die meiste Schuld — wenn sie es sich vielleicht auch zum Verdienst anrechneten — daß es mit Hannover so weit gekommen sei. Der präsidentliche Graf Münter unterbrach den Redner mit dem Erfahren, derartige persönliche Angriffe zu vermeiden. Lenthe glaubte diesen Vorhalt nicht verdient zu haben. Graf Münter appellierte an die Entscheidung des Hauses und dieses stimmte in seiner Majorität dem Präsidenten zu. Ein Theil der Ritter nahm für v. Lenthe Partei, für Billigung des Maßregel des Präsidenten stimmten aber auch v. Rosling, v. Bothmer, Graf Borries u. Neubourg. Münster unterbrach den Redner mit dem Erfahren, derartige persönliche Angriffe zu vermeiden. Lenthe glaubte diesen Vorhalt nicht verdient zu haben. Graf Münter

v. Beningens und Miquels mit zu verdanken hätten, wenn sie wieder in dieser Versammlung lägen. Letztere Auskuerung veranlaßte zwei Ritter, Professor Lenthe und Graf Kniphausen, zu der patetischen Erklärung, daß die Ritterchaften Miquel und Beningens zu keinem Dank verbunden seien, sondern Kraft ihres guten Rechts zu der Versammlung Deputierte sendeten. Lenthe selbst protestierte dagegen, daß ein Mitglied seine Auskuerungen einer solchen Kritik unterziehen dürfe. R. v. Beningens erklärte gegen Lenthe nichts erwidern zu wollen. Einmal habe der Präsident schon eingegriffen und dann handle es sich hier nicht um politische Gegenseite, sondern um gemeinsames Zusammenwirken für probinzielle Zwecke und da wolle er nichts dazu beitragen diese gemeinsame Arbeit durch persönliche Gehässigkeiten. Aufreizen von Standesvorurtheilen und retrospektive Politik zu vereueln. Ein weiterer Fortgang dieser Scene verbindet der Präsident.

Suhl, 22. Sept. [Aus den Gewehrfabriken] berichtet man der „M. Z.“ Folgendes: In unserer Stadt herrscht seit einem halben Jahre eine sehr lebhafte Gewehrbätigkeit. Einige 30.000 im vorjährigen Feldzuge erbeutete österreichische Minie-Gewehre wurden den hiesigen Fabriken Sauer, Simson und Luck, Schilling und Göbel u. Co. zur Umänderung in Zündnadelwaffen übergeben. Das Kriegsdepartement bestellte zu diesem Zweck an hiesigem Orte eine militärische Revisions-Commission aus 3 Offizieren, 2 Hilfsoffizieren und den nötigen Unteroffizieren und Gemeinen. Bereits 4000 Stück fertige, superrevierte Gewehre sind von hier abgegangen, und zwar nach den schlesischen Festungen Gösel und Neisse. Für den Feldgebrauch sind diese Gewehre nicht bestimmt, sondern werden ihre Verwendung in den festen Plätzen finden und führen deshalb auch den Namen „Defensions-Zündnadel-Gewehre O. M.“ (Österreichisches Modell). Das Schießresultat bei den abgehaltenen Inspektionen war durchaus befriedigend. — Gleichzeitig befindet sich am hiesigen Orte eine badische Militär-Commission, welche den Zweck hat, die badischen Gewehre zur Nadelzündung umzändern; die bisherigen Resultate sind zur vollen Zufriedenheit der badischen Regierung ausgefallen. — Die Suhler Gewehr-Revisions-Commission hat ein Commando nach Schmalzalden abgegeben unter Lieutenant Koch vom 12. Regiment, welchem die Oberaufsicht zur Umänderung von 8000 österreichischen erbeuteten Thouveninschen Jägerbüchsen obliegt. Diese Umänderung geht vor der Hand noch langsam vorwärts, da die Maschinen u. zur Herstellung der Nadelwaffe erst neu beschafft werden mußten und die Arbeiter vorerst der Ausbildung bedurften. Dieser Umänderungs-Auftrag ist in die Hände der Herren Pistor u. Kütt zu Schmalzalden gelegt.

Cassel, 25. Sept. [Bei der gestrigen Nachwahl] an Stelle von Dr. Weigel haben in Cassel von 8092 Wählern sich 2553 bei der Wahl beteiligt; Ober-Appellations-Gerichtsrath Bähr in Berlin (nat.-lib.) erhielt 1350, Literat Trabert in Hanau (Volkspartei) 1201 Stimmen; 2 Stimmen zerstreut. Bei der letzten Wahl hatten nur 1247 Wähler ihre Stimmen abgegeben. In den ländlichen Bezirken hat Bähr überwiegend die Mehrheit der Stimmen erhalten, nach der letzten Zählung waren ihm 2073, dagegen Trabert nur 1399 Stimmen zugeschlagen. Bähr's Wahl ist als gesichert zu betrachten.

München, 22. Sept. [Gegen die zweite Kammer.] Bis jetzt haben gegen 400 Gemeinden Anträge um Auflösung der zweiten Kammer an den König geschickt und ihre Zahl ist fortwährend im Wachsen. Die ganze katholische bayerische Presse agitiert aufs Heftigste gegen die „Gut- und Blut-Gesetz“, wie der „Volksbote“ die preußisch-freundliche Kammermajorität nennt und gegen die „Verpreußung“ Bayerns durch sie. Es ist nicht unmöglich, daß aus den kleinen Anfängen bei dem Einfluß dieses Blattes und der Partei, die es vertritt, ein wahrer „Adressensturm“ entsteht, der dem Ministerium zum Mindesten Verlegenheiten bereitet. (R. Pr. 3.)

Frankreich.

Paris, 24. Sept. [Zur vorbereiteten Intervention in Italien] wird der „R. Z.“ geschrieben: Im Ministerrath, welchen die in Paris anwesenden Minister am letzten Freitag abhielten, wurde unter dem Vorbehalt der Billigung des Kaisers der Beschuß gefaßt, 15.000 Mann Truppen nach Toulon zu senden und dieselben im Augenblick einzuschiffen, wo die italienischen Truppen die päpstliche Grenze überschreiten würden. Der französische Botschafter in Berlin, Herr Benedetti, der sich noch hier befindet, sprach sich gegen den Beschuß, und dieses mit großer Energie aus. Seine Vorstellungen fanden bei den Ministern jedoch kein Gehör. Was die Note betrifft, welche die offizielle „Piemontesische Zeitung“ am letzten Sonnabend brachte, so wurde dieselbe von hier aus inspiriert und so zu sagen auf Befehl der französischen Regierung eingerückt.

Paris, 24. September. [Garibaldi's Verhaftung. — Haussmann.] Die Meldung des heutigen „Abend-Monitor“ ist, daß Garibaldi verhaftet worden ist, hat in Paris großes Aufsehen erregt, da man nicht geglaubt hatte, daß Rattazzi so energisch auftreten würde. Wie man erfährt, werden die französischen Rüstungen mit erneutem Eisern betrieben. Die Zouaven der kaiserlichen Garde sind jetzt mit amerikanischen Gewehren (System Peabody) bewaffnet worden, weil dieselben besser sein sollen, als die Chassepot. In Douai befinden sich zwanzig Genie-Offiziere, um die dortigen Festungswerke auszunehmen, welche verstärkt werden sollen, und die Zahl der Arbeiter in den verschiedenen Arsenalen und militärischen Werkstätten Frankreichs ist seit einigen Tagen wiederum vermehrt worden. — Es ist wieder die Rede davon, daß Herr Haussmann Minister der öffentlichen Bauten werden soll. In diesem Falle würde die schwedende Schuld der Stadt Paris vorher consolidirt werden. Der Credit Foncier ist zur Abmachung dieses Geschäfts aussersehen. — Benedetti bleibt in Paris bis zur Ankunft des Kaisers.

Osmanisches Reich.

Constantinopel, 17. Sept. [General Ignatief] ist vor einigen Tagen von Schloss Eviada in der Krim hierher zurückgekehrt. Man kennt selbstredend die Instructionen nicht, die er dort empfangen hat. Auch weiß man nicht, welche Mitteilung er seitdem an die Pforte hat gelangen lassen. Nur soviel steht fest, daß wenn die russische Politik neuerdings

